



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus
Friedensplatz 1, 44122 Dortmund
Fon: 0231 - 5022078
Fax: 0231 - 5022094
www.gruene-do.de

An die
Medien

Dortmund

02.09.08

PRESSEMITTEILUNG

Bargeld-Affaire: Unverständnis über fristlose Kündigungen

Auf Unverständnis der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stößt die fristlose Kündigung zweier Mitarbeiterinnen der Stadtkasse im Zusammenhang mit der Bargeld-Affaire der Verwaltung.

Mario Krüger, Fraktionssprecher der GRÜNEN:

„Für uns ist nicht ersichtlich, warum zum jetzigen Zeitpunkt ausgerechnet diese beiden Mitarbeiterinnen so massiv verantwortlich gemacht werden, dass sie ihren Job verlieren sollen. Es ist nicht zu vermitteln, wenn nach monatelangem Verfahren ausgerechnet an dieser Stelle die härtesten Konsequenzen gezogen werden. Und das anscheinend losgelöst von anderen Verantwortlichkeiten. Die Argumentationen und Begründungen des Personalrates zur Verteidigung der Mitarbeiterinnen erscheinen uns da sehr plausibel.

Wir hätten vom Oberbürgermeister und der Personalverwaltung stattdessen erwartet, dass sie zunächst mal eine Übersicht und Bewertung aller eingeleiteten disziplinarischen Verfahren auf den Tisch legen. Einen solchen Sachstand hatten wir auch im April beantragt. Bis heute gibt es ihn allerdings nicht. Aus unserer Sicht können sich per-

sonelle Konsequenzen aber nur aus der Gesamtheit der Verfahren und ihrer Ergebnisse ergeben, damit sie auch an den richtigen Stellen greifen – ohne Rücksicht auf Personen und ihre Stellung innerhalb der Verwaltung.

Stattdessen ist nun der Eindruck entstanden, dass man losgelöst von allen anderen Verfehlungen ein Exempel in den unteren Verwaltungsebenen statuiert, um in den oberen Verwaltungsebenen eventuell andere notwendige Konsequenzen unter den Tisch fallen zu lassen. Das ist fatal.

Der Oberbürgermeister wäre deshalb aus unserer Sicht gut beraten, wenn er zunächst die Gesamtheit aller eingeleiteten Verfahren und ihrer Ergebnisse vorstellt und bewertet. Das beinhaltet auch die Prüfung einer Zurückstellung konkreter Maßnahmen gegen einzelne Mitarbeiterinnen.